

Sohrauer Stadtblatt

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheint

täglich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 3,00 Mk.,
bei allen Postanstalten 3,60 Mk.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigenpreis:

für die einspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 28.

Bezugsnr. Nr. 49

Mittwoch, den 7. April 1920.

Bezugsnr. Nr. 49

42. Jahrg.

Frankreichs wirtschaftliches Interesse an Deutschland.

Wer Gelegenheit hat, die derzeitige Entwicklung der französischen Mentalität aus nächster Nähe zu betrachten, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß die Zeit einer glücklicheren Stimmung Frankreichs Deutschland gegenüber auf wirtschaftspolitischen Gebieten den Boden ebnet. Was vor einer Reihe von Monaten noch kein im öffentlichen Leben stehender Mensch zu äußern vielleicht kaum zu denken gewagt hätte, daß engere wirtschaftliche Beziehungen Frankreichs zu Deutschland nicht vermeiden, ja sogar wünschenswert sein würden, das hört man von Tag zu Tag in steigendem Maße aus dem Munde einseitiger Männer, und es kann mit einer gewissen Sicherheit vorausgesetzt werden, daß in nicht allzuferner Zeit die neu gewonnene Erkenntnis schnell in weitere Kreise dringen und ihre Umsetzung in die Tat kaum lange auf sich warten lassen wird.

Symptomatisch für diese Entwicklung der Dinge sind Gedankengänge, die Joseph Charles Gide, einer der bekanntesten und besten national-ökonomischen Köpfe Frankreichs, der stets ein offenes Auge für die realen ökonomischen Verhältnisse gehabt hat, gelegentlich eines Interviews geäußert hat. Dem Hintergrund der Unterredung, wie überhaupt augenblicklich aller wirtschaftlichen Diskussionen bei uns, bildete das stetige und nicht minder dringende Sinken der französischen Valuta, deren weiterer Niedergang trotz gelegentlicher Sprünge nach oben unweigerlich vorausgesehen wird. Die Begründung für diese Erscheinung gibt Gide mit dem Hinweis, daß ein Land, welches für 26 Milliarden aus dem Ausland importiert und für insgesamt 5 Milliarden exportiert, das die Differenz nicht in Gold bezahlen kann, da es nur über 6 Milliarden Gold verfügt, dafür aber bis zum heutigen Tage bereits für 40 Milliarden Noten ausgegeben hat, daß ein solches Land unumgänglich eine andere Gestaltung seines Geldkursums erwarten kann. Die einzige Lösung dieses Problems, die einzige Möglichkeit, eine Besserung dieser gefährlichen finanziellen Lage, aber deren kühnsten Charakter er sich keiner Täuschung hingibt, sieht Gide lediglich in dem Versuch, die wertmäßige Höhe des Imports auf ein Mindestmaß herunterzubringen, und dies dadurch zu erreichen, daß nach Möglichkeit nur in den Ländern gekauft werde, in denen die französische Valuta noch einen verhältnismäßig günstigen Stand hat; und das bedeutet für ihn, da es sich nur um lieferfähige Staaten handeln kann, in Deutschland und in England.

Damit hat er eine Forderung in voller Schärfe ausgesprochen, die in den höchsten geschäftlichen Kreisen immer wieder laut und allmählich (man kann sagen) zum geläufigen Gemeingut wird. Die französischen Importeure merken von Tag zu Tag, daß die Waren, die sie in neutralen Ländern oder sogar bei ihren Verbündeten kaufen, vielfach „Made in Germany“ sind und auf dem kleinen Umweg über das Durchgangsland gewaltige Preisersparnisse nach oben erleben; und wenn es sich tatsächlich nicht um deutsche Waren handelt, so sind diese doch vielfach in Deutschland zu niedrigeren Preisen als anderswo erhältlich. Diese objektive wirtschaftliche Erfahrung ist nur geeignet, die gefährlichste Kluft zwischen Frankreich und Deutschland zu überbrücken und ungedacht aller rein politischen Zurückhaltung in wirtschaftlicher Hinsicht zum anderem Arbeiten mit dem bisherigen Feindesland zu drängen.

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß dies der Weg der Entwicklung sein wird, und daß der Zwang der Verhältnisse in den nächsten Monaten ein, wenn ein nicht formelles,

wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Länder bringen wird, die an einer schlechten Valuta krankten. Sie werden, soweit irgend möglich, die ihnen zum Export zur Verfügung stehenden Produkte, Roh-, Halb- und Fertigfabrikate, untereinander austauschen müssen, um nur das in Ländern mit guter Valuta zu tauren Preisen einkaufen zu müssen, was in ihrem engeren Kreise unumgänglich erhältlich ist.

Deutschland und England, das sind die beiden Länder, auf die Gide seine Landsleute verweist. Das Land mit den besten und billigsten Fertigprodukten und das Land mit den unererschöpflichen und unererschöpflichen Rohstoffquellen. Diese beiden Staaten sind aber für Frankreich noch ein weiteres, das der französische Nationalökonom nicht ausspricht, wovon auch sonst kein Mensch zur Zeit in Frankreich öffentlich spricht, was aber dennoch jeder denkt. Es sind die beiden Schuldnernationen Frankreichs. Freilich, jeder der beiden ein Schuldner besonderer ökonomische Art. Aber das Gemeininteresse für sie liegt darin, daß sie, und vor allem Deutschland durch Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen Frankreich unrettbar in den Abgrund führen können. Das weiß man hier und erinnert sich wohl des Satzes, der in den letzten Jahren vor dem Kriege immer wieder geprägt worden ist: daß nämlich nicht der Gläubigerstaat, sondern der Schuldnerstaat derjenige ist, der die Fädel in der Hand hält. Man weiß sehr wohl, welche ein Aktuum die Entschärfung der Schuldenstellung dem deutschen Volke für seine künftige Wirtschaftspolitik in die Hand gibt, und wundert sich zuweilen im Geheimen, daß dies offenbar drüben gar nicht genügend ins Bewußtsein gedrungen ist. . . .

Amerika und der Frieden.

Basel, 3. April. Wie aus Washington gemeldet wird, ist nach einem Abkommen zwischen Republikanern und Demokraten der Antrag Knox in der Weise abgeändert worden, daß nur die einfache Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland erklärt wird. Man glaubt, daß der Antrag in dieser Form angenommen und der Präsident lediglich die Zustimmung des Friedensvertrages festzusetzen haben werde. Auf diese Weise könnte der Konflikt zwischen Präsident und Senat beigelegt werden. Die Abstimmung im Senat erfolgte noch vor dem 15.

Paris, 3. April. Aus Washington wird gemeldet: Die Kammer der Repräsentanten für auswärtige Angelegenheiten hat im günstigen Sinne für die Aufhebung des Kriegszustandes mit Deutschland abgestimmt.

Beginn der „Wiedergutmachung“.

Rotterdam, 3. April. Wie Temps aus Paris meldet, hat die Wiedergutmachungskommission in ihren weiteren Beratungen der Termine für die ersten Zahlungen Deutschlands auf den 1. Oktober d. Js. und den 1. April April nächsten Jahres festgelegt.

Daily Chronicle meldet aus Paris: In den Besprechungen des deutschen Geschäftsträgers mit dem Minister der Aussen machte dieser den Vorschlag, die Gesamtforderungen der Entente an Deutschland auf 120 Milliarden M. Friedenskurs festzusetzen und die Abtragung dieser Summe auf 40 Jahre zu verteilen.

Die Wiedergutmachungssumme.

Genf, 2. April. „Journal des Debats“ berichtet aus der letzten Sitzung der Wiedergutmachungskommission, daß der Antrag Englands und Italiens auf Herabsetzung der Schadenersatzsumme Deutschlands in der Minderheit geblieben sei. Der Kompromißantrag Frankreichs, die finanzielle und wirtschaftliche Lebensfähigkeit Deutschlands zunächst durch eine Überwachungskommission festzustellen, wurde einstimmig angenommen.

Ueberstufung des Kaisers nach Doorn.

Die Pariser Blätter aus Amsterdam melden, hatte Wilhelm II. eine längere Unterredung mit dem holländischen Ministerpräsidenten und dem Minister der Aussen. In Begleitung der beiden Minister ist der Kaiser dann von Amersfoort in Doorn (Provinz Utrecht) eingetroffen, wo er weiteren Aufenthalt nehmen wird.

Das Schlußwort in der Frage der Auslieferung des Kaisers?

S Haag, 31. März. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß der niederländischen Regierung das Antwortschreiben auf ihre letzte Note in der Frage der Auslieferung des Kaisers überreicht worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Schreiben als Beendigung des in dieser Frage geführten Notenaustausches angesehen werden könne.

Die Auslieferung der Handelsflotte.

Stettin, 3. April. Wie die „Ostsee-Ztg.“ von einem Mitgliede der deutschen Regierungskommission, die in Paris die Schiffsablieferung verhandelt, erfährt, hat die Wiedergutmachungskommission die deutschen Vorschläge abgelehnt und besteht auf Ablieferung sämtlicher Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen im Firth of Forth. Prinz Joachim Albrecht aus Berlin ausgenommen.

Durch Entscheidung des Reichsmilitärgerichts ist die Schutzhaft über den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen aufgehoben und der Prinz aus der Schutzhaft entlassen worden. General von Seelitz hat unter Zustimmung des Regierungskommissars dem Prinzen den Aufenthalt innerhalb Groß-Berlins verboten.

Wöllige Anarchie.

Im Ruhrgebiet herrscht die bewaffnete Arbeiterchaft. Die Bantzen sind überall geschlossen. Eisenbahnen und Straßenbahnen liegen still. Von seiten der bewaffneten Bantzen werden einige Versuche gemacht, Werkdirektoren zu verhaften. In manchen Fällen mit Erfolg. Vielfach erzwingen die bewaffneten Kommunisten eine Lohnauszahlung seitens der Stabellisten. Dies geschah u. a. in Gelsenkirchen und Düsseldorf, wo die Stadt einige 50000 Mark, die Bantzen 100 000 Mark, der Gewalt weichen, ausbezahlten. In Homborn bewilligte die Stadtverordnetenversammlung auf Grund einer kommunistischen Erklärung 200 000 Mark Lohnung für die bewaffneten Aufreiter. Führer der Roten Armee im Homborner Abschnitt ist ein gewisser Dado, wahrscheinlich ein Wilhelmser Buchhändler.

In der Gegend von Dinslaken wird gekämpft. In der Stadt selbst ist die Geld- und Lebensmittelnot aufs höchste gestiegen. Bezeichnend ist, daß mehrheitssozialistische und unabhängige Arbeiterführer durch Kommunisten mit Gewalt gehindert wurden, nach Münster zur Verhandlung mit den Reichsbehörden zu fahren. Mindestens 90 v. H. der Arbeiterchaft des Industriebezirks sind für die Wiederkehr der Ordnung und für die Weiterführung bezw. Wiederaufnahme der Arbeit.

Die rote Armee.

Die rote Armee ist nach dem Muster der Feldarmee organisiert. Es gibt ein richtiges Großes Hauptquartier, das in Hagen errichtet ist. Es enthält Filialen, — Abschnittskommandos — in Essen, Dinslaken und Duisburg. Die Kommandierenden verfügen über Autos, Fernsprecher, Motorordnungen und Meldereiter. Man hat Kastautos zur Verbesserung der Mannschaften, der Sanitätskolonnen (die meist aus Arbeiterinnen bestehen) und zum Transport von Proviant. Was fehlt, sind meist Pferde zur Bespannung der Geschütze, man muß sie requirieren. In die rote Armee darf jeder eintreten, der ein Jahr lang bei

militärischen Partei angehört hat. Sie beginnen mit der Gruppe, erweitern sich zum Zug, zur Kompanie, zum Bataillon. Es kommt nur auf die Organisation, nicht auf die militärische Ausbildung an. Die wichtigsten Armesfunktionen sind beispielsweise die Unteroffiziere. Die Erfolge der roten Armee wären nicht bedenkbar, wenn sie nicht eine außergewöhnlich starke Disziplin hielte. Der Drill funktioniert ganz wie ehedem auf den Kasernenhöfen auch bei der roten Armee. Die Formationen sind dieselben wie beim preußischen Militär. Jedermann hat sein Gewehr, seine Handgranaten, jeder Zug seine Maschinengewehre, jedes Bataillon seine Minenwerfer und sein Panzerauto. Sogar die militärische Janitscharen haben sie eingebracht. Tagelang durften die Soldaten nichts über die rote Armee schreiben, obwohl sie als Organisation schon bestand.

Der Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet.

Berlin, 3. April. Von zufälliger Stelle wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Die von Norden und Osten her in das Industriegebiet einrückenden Truppenverbände der Reichswehr sind von der Bevölkerung mit größter Befriedigung begrüßt worden. Nach Tagen schwerer Not, Angst und Bedrängung steht das Industriegebiet in den im Auftrage der Reichsregierung Hilfe bringenden Truppen seine Befreier, und die Dankbarkeit ist allgemein. Die Erbitterung gegen die Roten Banden, deren Ausschreitungen Land und Städte tagelang in Angst versetzt haben, ist außerordentlich groß, zumal diese Banden noch im Zurückgehen und in der Auflösung sich neue Gewalttaten zuschulden kommen lassen. Die Terroristen, die einsehen, daß ihre Herrschaft sich dem Ende zuneigt, suchen durch Räubereien und Erpressungen noch möglichst viel zusammenzuraufen. Aus den noch nicht befreiten Gebieten kommen immer mehr Hilferufe von Organisationen, von einzelnen Vertretern aller Berufe und Parteien. Karnap und Oberhausen sind von der Reichswehr besetzt worden. Die maßvolle Haltung der mit der Reinigungsaktion betrauten Truppen wird anerkannt.

Der Reichskanzler zur Lage.

Berlin, 3. April. Reichskanzler Müller äußerte sich gestern über die Lage im Westen vor Pressevertretern und sagte: Wir dürfen nicht verhehlen, daß die Lage außerordentlich ernst ist. Es ist so gekommen, daß die Persönlichkeiten, die mit uns das Völkerverständnis geschlossen, die Gewalt über die Massen verloren haben. Die Lage in Duisburg, Mülheim usw. ist überaus bedenklich. Die Regierung hat die größte Zurückhaltung bewahrt, da die bisherigen Meldungen aus Kreisen der bürgerlichen und christlichen Gewerkschaften stammen. Die heute eingetroffenen Vertreter der Sozialdemokratie haben aber alles bekräftigt. Der Generalkrieg ist gegen den Willen der Arbeiter ausgerufen worden. Nach der Meinung der Regierung wird eine Waffenabgabe kaum erfolgen. Auch Kommissar Severina sieht die Lage für sehr ernst an. In Duisburg wird geplündert, in Hamborn wurde die Stadtkasse geraubt. Die Kohlenproduktion liegt jetzt völlig darnieder. Es ist wohl möglich, daß die Lage sich in den nächsten Stunden entspannt, die Hoffnung darauf ist aber sehr gering. Das Eingreifen der Reichswehr, die nur zu Polizeizwecken verwendet werden soll, gilt nicht den Arbeitern, sondern Sanität, da die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die bewilligten 20 Bataillone nicht ausreichend sind.

Nur noch wenige Tage vor dem völligen Völkerverständnis.

Berlin, 3. April. Der rote Volksgesundheitsrat hat eine Dauertagung während der Osterferien beschlossen. Proletat von der Leitung des Volksgesundheitsrates schilbert die Lage in Deutschland als nur noch wenige Tage oder Wochen vor dem Anschlag auf Sowjetrußland stehend.

Ein Vorstoß der Franzosen.

Befreiung von Frankfurt am Main.

Frankfurt a. M., 6. April. Heute morgen um 5 Uhr wurde Frankfurt a. M. von französischen Truppen befreit.

Der russisch-polnische Frieden.

Wien, 3. April. Nach einem Mähr.-Osterr. Bericht der „Neuen Freien Presse“ aus Warschau hat der polnische Minister des Auswärtigen an Rußland eine Note gerichtet, daß 2 Stunden nach Eingang über den Ort der Friedensverhandlungen der Kampf auf der ganzen Front eingestellt werden solle. Russischerseits werden an den Friedensverhandlungen Tschitscherin, Radef und vielleicht auch Trozki teilnehmen.

Rotterdam, 2. April. Die „Neuwe Rotterdamse Courant“ drahtlos aus Moskau

berichtet, hat die Sowjetregierung das Angebot Polens, in Friedensverhandlungen zu treten, angenommen. Einer Kauternehmung zufolge hat auch der seitländische Außenminister Tschitscherin drahtlos mitgeteilt, daß die Regierung bereit sei, zu verhandeln. Tschitscherin antwortete, er sei damit einverstanden, daß die Verhandlungen ab 5. April beginnen.

Oberschlesien

Oberschlesische Parlamentarier mandatos.

Oppeln, 1. April. Die interalliierte Kommission teilt mit, daß keine Persönlichkeiten, die sonst zur Teilnahme an Sitzungen von Körperschaften des Reiches, des Staates oder der Provinz befähigt oder berechtigt war, an deren Sitzungen teilnehmen darf. Gleichwohl dürften Oberschlesier auch an Sitzungen ausländischer parlamentarischer Körperschaften teilnehmen. Es könnte ihnen sonst das Wiederbetreten des Plebiszitatsbezirks verboten werden.

Breslau, 3. April. Die „Post Ztg.“ schreibt: Die Besetzung Oberschlesiens vom deutschen Reich geht planmäßig vor sich. Die interalliierte Regierungskommission spricht in einer Bekanntmachung den Oberschlesiern das Recht ab, an den nächsten Reichstagswahlen sowie an den Wahlen für die Reichsversammlung der deutschen Republik teilzunehmen. Die bisherigen Vertreter der ober-schlesischen Bevölkerung dürfen sich nicht mehr an den Sitzungen der deutschen oder preussischen oder provinziellen Volksvertretung beteiligen. Die Entente-Kommission vertritt den Standpunkt, daß der Friedensvertrag für die Dauer der interalliierten Regierung die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens zu irgend einem Staat vorläufig aufgehoben ist. Kein Reich, das von der deutschen Regierung nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages erlassen worden ist, finde auf das ober-schlesische Gebiet Anwendung. Abgeordnete, die trotzdem an ihren Mandaten festhalten, verfallen auf die Zugehörigkeit zu Oberschlesien und es könnte ihnen daher das Wiederbetreten des ober-schlesischen Abstimmsgebietes untersagt werden. Das widerspricht dem Geist und Wortlaut des Versailles Vertrages, der ausdrücklich bestimmt, daß die Stener und Gehaltsverpflichtungen Deutschlands zutrifft.

Die Abstimmung in Oberschlesien?

Der französische Ministerpräsident erklärte im Reichswärtigen Amt, daß die Abstimmung in Oberschlesien dem Willen der Polen entsprechend baldmöglichst erfolgt u. soll.

Keine Gewalttat.

Aus dem Kreise Abbanil wird dem „Oberschlesien“ geschrieben: Auch im hiesigen Kreise wollen Eingeweihte davon wissen, daß polnischerseits ein Aufstand zwecks Anschlusses an Polen ohne Abstimmung vorbereitet wird. Da dem auch sei, die Besatzungsbehörden werden auf diese Vorgänge ihre Aufmerksamkeit richten müssen. An uns allen aber, die wir Ruhe und Ordnung lieben, liegt es, immer wieder zu betonen, daß wir jede Gewalttat, ganz gleich, ob sie bolschewistisch oder polnisch oder sonstiger Natur sei, entschieden ablehnen und ansehenden Scheitern in der überweltigenden Mehrheit ruhmbekundenden ober-schlesischen Bevölkerung verlangen. Unsere Erde hat genug Verdrüß und Angst v. J. gekannt! In Frieden wollen wir miteinander leben und raten daher allen Unruhstiftern zu: Hände weg vom ober-schlesischen Volk!

Zur Ausweisung des Landrichters Heidenhain in Oppeln.

Wie verlautet, ist trotz des einseitigen Richterstreiks und des eingeleiteten Protestes die Ausweisung des Landrichters Heidenhain nicht rückgängig gemacht worden. Der Ausgewiesene hat Oppeln bereits verlassen. Auf den von richterlicher Seite eingelegten Protest, der von den Richtern der übrigen ober-schlesischen Landgerichte unterstützt worden ist, hat die interalliierte Kommission eine Antwort noch nicht gegeben.

Aus dem Gutschiner Ländchen.

Aus dem Gutschiner Ländchen wird geschrieben: Im ganzen Gutschiner Ländchen ist der Schulstreik ausgebrochen. Sämtliche Gemeinden haben sich geweigert, die neuen „tschechischen“ Lehrer anzunehmen und haben in Protestversammlungen und Deputationen ihre Forderungen nach Aufrechterhaltung der deutschen Schulen zum Ausdruck gebracht. In Kuzelna liegen seit zwei Tagen die tschechischen Truppen in Alarmbereitschaft, weil die Tschechen einen Putsch befürchten. In den bedrohten Grenzgebieten hat die Abstimmung für Deutschland ein sehr glänzendes Ergebnis erzielt. Dem deutschen Standorten in Prag wurde dieser Tage ein ausführlicher Bericht über die Gutschiner Frage erstattet und besonders die wichtigsten Maßnahmen der Grenzregulierungs-

Kommission mitgeteilt. Da die Tschechen auch die Gemeinde Kramowitz einberufen wollen, liegt ein offener Bruch des Friedensvertrages vor. Der deutsche Standort hat versprochen, über die Tätigkeit der Grenzregulierungskommission und der tschechischen Agitation sofort an zuständiger Stelle Beschwerde zu erheben.

Wirtschaftliche Abschnürung Oberschlesiens?

Berlin, 1. April. In der letzten Zeit mehren sich Anzeichen, daß größere Firmen im unbesetzten Deutschland gegenüber ober-schlesischen Firmen hinsichtlich der Annahme von Bestellungen, Auslieferung von Lieferungen, Kreditgewährung usw. außerordentlich schwierigkeiten machen. Wie die „Telegraphen-Union“ hierzu berichtet, stehen Bestellungen, die gegen diese Verhältnisse erhoben werden, erfolglos, und auch Engagen an die amtlichen Stellen haben an diesen heillosen Zuständen nichts gebietet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die ober-schlesischen Werte in ihren Leistungspflichten außerordentlich behindert werden, insofern eine Anzahl von Eisenbahnstationen die Annahme von Gütern nach Oberschlesien verweigert. Ähnliche Ereignisse haben sich auch bei dem Postverkehr gezeigt, der zeitweise nach Oberschlesien gesperrt wurde. In den zufälligen Kreisen der Industrie und des Handels wird angenommen, daß es sich bei allen diesen Vorkommnissen tatsächlich um entsprechende amtliche Anweisungen handelt, die von der Regierung in unbekannter Weise in die Situation gegeben worden sind. Um das durch die Behörde an sich schon beträchtliche wirtschaftliche Oberschlesiens nicht einer vollständigen Isolierung auszuliefern, ist beschlossene, in einer ausführlichen Eingabe bei der Reichsregierung auf baldige Abstellung dieser wichtigen Zustände zu dringen.

Vom schlesischen Generalkommando.

Der kommandierende General des 6. Armeekorps, Generalleutnant D. G., ist am Mittwoch auf Antrag des Reichskommissars für das unbesetzte Schlesien seiner Stelle entbunden worden. Zum Nachfolger ist der bisherige General von Horn ernannt.

Zum Chef des Generalkommandos des 6. Armeekorps ist Oberleutnant Jochimsch, zum ersten Generalstabsoffizier Major D. C. ernannt worden.

Die polnische Mark.

Die polnische Regierung hat am 20. November 1919 ein Gesetz erlassen, nach dem die Reichsmarkforderungen in polnische Mark zum Nennwert der Reichsmark umgewandelt werden. Diese Umwandlung enthält eine schwere Schädigung aller Gläubiger von Geldforderungen. Sie gilt auch für die Forderungen des polnischen Finanzministeriums nur für Verpflichtungen, die in Polen zu erfüllen sind, nicht für Verpflichtungen, die außerhalb der Grenze des polnischen Staats erfüllt werden müssen. Diese sind in ihrem Bestand als Reichsmarkforderungen unberührt geblieben, wenn sie in Polen vorerst ein gesetzliches Moratorium gewährt worden ist. Die polnische Regierung hat hierzu vor kurzem in polnischen Blättern eine halbamtliche Mitteilung veröffentlicht, nach der die Umwandlung der Reichsmarkforderungen in Forderungen von polnischer Mark in bestimmten Gebieten, die Polen etwa auf Grund einer Volksabstimmung zufallen werden, überhaupt keine Anwendung finden soll. Diese Behauptung soll zweifellos in den Abstimmungsgebieten die Forderung von den Vermögensbesitzern zu befriedigen, die ihren Vermögenswerten einen Anschlag an Polen zweifellos drohen. Was von dieser Behauptung aber zu halten ist, geht aus dem Artikel 7 des oben genannten polnischen Gesetzes vom 20. November 1919 hervor, nach dem dieses Gesetz in den Gebieten, die noch nicht der polnischen Staatsgewalt unterliegen, mit dem Augenblicke der Übernahme dieser Gebiete durch die polnische Behörde automatisch gilt.

Locales u. Provinzielles.

Sobraw O. G., den 6. April 1920.

Die Osterfesttage mit all ihren Freuden sind vorüber. Das Wetter war ihnen, wenn sie auch kleine Regenchen einstellten, so ziemlich hold. Die Gotteshäuser waren dicht gefüllt. Besonders feierlich war der Gottesdienst in der kath. Pfarrkirche am ersten Feiertag, wo der Pfarr-Gesangsverein während des Hochamtes die dritte Messe in G. Moll von Probst mit voller Orchesterbegleitung des hiesigen Musikvereins in vollendetem Maße zu Gehör brachte. — An den Nachmittagen zogen ganze Scharen Menschen in Gottes freie Natur hinaus, um nach der Tage Lust und Mühen Herz und Sinne durch einen Osterparadezug zu erquickeln. Eine heilige Zeit ist angebrochen, möge sich jeder dieser bewußt sein und nicht nur an sich denken, sondern auch an die Freude seiner Mitmenschen. Laßt die Blumen stehen, damit sie auch noch andere an ihrer Pracht laben dürfen! Denken wir an die mahnenden, unerbittlich schönen Worte Jean Pauls: „Ich lerne auch, es ist alles heilig jetzt, und wer in Blüten einen Baum verliert, der schneidet ein, wie in ein Mutterherz. Und wer sich eine Blume pflückt zum Scherz und sie

dann lebend von sich sorgenlos, der reißt ein Rud von seiner Mutter Schoß. Und vor dem Vogel steht die Freiheit raubt, der flüchtet ein eines Sängers Haupt, und wer im Frühling bitter ist und hart, vergeßt sich wider Volk, der schloßbar ward."

(Von der hiesigen Eisenbahnstation.) Herr Bahnmeister Dallagge ist vom 1. April ab nach Bamerwig versetzt. In seine Stelle trat Herr Bahnmeister Schwente aus Bamerwig.

(Der Männer-Gesangsverein) tritt wieder mit einem größeren Chorwerk — „Das Märchen von der schönen Melusine“ von H. Hoffmann, Kapellmeister für gemischten Chor, Soli und Orchesterleitung — am Sonntag den 18. April in die Öffentlichkeit. Die sorgfältige Einübung, welche schon viele Wochen in Anspruch nahm, und der gute Ruf des Vereins bürgen für einen äußerst gelungenen musikalischen Abend, worauf wir schon heute hinweisen.

(Deutscher Volksverein.) Die Mitglieder werden auf die morgen Mittwoch abends 8 Uhr in Groß Saal stattfindende General-Versammlung noch besonders hingewiesen. (Siehe Zeit.) Nach dem geschäftlichen Teil findet gewöhnliches Besammentreten statt, zu welchem der Männer-Gesangsverein und der Musik-Verein ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Eintritt ist nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte gestattet, welche vorher in den Buchhandlungen von Hunsb (Aufsangsbrückstraße 4-8) und Bolzege (Euchhofen 2-8) anzuholen sind.

(Die Erhöhung der Posttarife erst am 1. Juni.) Wie aus dem Reichspostministerium mitgeteilt wird, soll die neue Tarif-Erhöhung der Post- und Fernsprechtarife erst am 1. Juni in Kraft treten. Die Nationalversammlung wird sich in die letzten Aprilwochen mit dem Gesetzentwurf zu befassen haben. Die Nachricht über die Erhöhung vom 1. April ab ist also unzutreffend.

(Steuere und Oberstellen.) Zur Mitteilung des französischen Konsulats in Breslau bis zum 15. April d. J. ein von der Polizeibehörde des Wohnorts des Reisenden angefertigter mit Photographie versehener Pass, der als Reisepaß „Oberstellen“ angeht. Ein Blausum des französischen Konsulats in Breslau, Moritzstraße 35, ist abzurufen noch nicht eingetroffen.

(Schuldner und Kapitalertragssteuer.) Die Kapitalertragssteuer, die bekanntlich schon von dem 31. März 1920 ab fällig werdenden Kapitalerträgen (Zinsen aus festverzinsten Wertpapieren, Schuldverschreibungen, Hypotheken und sonstigen Darlehen) zu erheben ist, wird in der Weise gewährt, daß der Schuldner 10 vom Hundert des Kapitalertrags für Rechnung des Gläubigers einbehält und an das für ihn zuständige Finanzamt abführt. Das gilt auch einer vorläufigen Vollzugsanweisung des Reichsfinanzministers auch für die privaten Hypotheken und sonstigen Darlehenszinsen. Die darüber erteilten Auskünfte sind dem Gläubiger zugänglich. Insbesondere für die Einzahlung der Steuer ist die Höhe, bei der der Schuldner bisher sein Staatssteuer (z. B. Einkommensteuer) einzubehalten hatte. Hypothekenzinsen, die an Ehefrauen, an Söhne, Kapital- und Rentenversicherungsunternehmen, unter Staatsaufsicht stehende Hypotheken und Schiffshypothekendarlehen, öffentlich rechtliche Kreditanstalten, Kreditgenossenschaften und an Bank- und Sparkassen gezahlt werden, sind ohne Steuerabzug auszugeben. In allen übrigen Fällen ist die Steuer abzuziehen, also auch da, wo Steuerbefreiungen vorgesehn sind. In diesen Fällen muß der Gläubiger nachträglich Erstattung verlangen.

(Verichtigung von Steuererklärungen.) Der Vermögende hat die Vermögen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen bewirkte Strafen wegen Steuerzumberhandlung sowie Verfall des verschuldeten Vermögens gemäß dem Gesetze über Steuerzumberhandlungen will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamte anzugeben; dabei sind Vor- und Nachname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Abgabe betrifft die Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzumberhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichskreditverfall veranlagt ist, verfällt kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe

vom Vermögenszuwachs haben, müssen daher unerschuldig und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Abgabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berichtigt werden kann. Die Angaben werden zurückgeholt bei dem Finanzamt gemacht, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, und können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden.

(Eine ganze Liste von Spitzhähern.) Freitag wurde dem Bielefelder Kaptein in Boguslaw ein Schwein gestohlen und am Tatort abgeschlachtet. — Diebe, die beim Händler Adamczyk in Boguslaw Kartoffeln stehlen wollten und dazu mit Späßen gekommen waren, wurden gefaßt und lieben den Wagen im Stich; das Pferd brachten sie zur Flucht. — Im Antikbüro in Orzele wurden 4000 Zandermarken und ein größerer Gelddbetrag gestohlen. — Im Gräberberg'schen Geschäft auf dem Scherkerstraße wurden 10 Paar Schuhe entwendet. — Aus dem Steinbruch Rendsberg wurden 25 Zentner Eisen gestohlen, die der Bauherr Eyslerich verborgen hielt. — Dem Eisenwerkmeister Hyska in Annagrade wurden 10 Kugeln gestohlen, von denen mehrere beim Altwarenhandler Schöcker in Rathor gefunden sind. — Bei der Witwe Johanna Wolke in Rathor wurden große Mengen Bekleidung und Wäsche gestohlen; bei der Verfolgung der Täter kam es zu Schlägereien. — Ein Kaufmann Kucynol in Loslau wurden durch Einbruch für 15000 Mark Waren entwendet. — Dem Gewerbetreibenden Holzwarth in Kroschowitz wurden 1500 Mark und ein Dienstfregel entwendet.

(Ein Hilfsförderer von Bildereen erschossen.) Der Hilfsförderer Mommerl in Stauch ist bei Hühner im Rander Wald erschossen aufgefunden worden. Mommerl war beobachtet worden, wie er 3 Personen, die er wahrscheinlich beim Bildereen festgenommen hatte, transportierte. Die Männer plagen vor ihm her und schloßen sich, als sie sich unbedacht glaubten, zu gleicher Zeit auf Mommerl gefaßt zu haben. Sie haben ihn zur Erde gedrückt und dann erschossen. Bei der Tat benutzten sie Mommerl's Gewehr. Die Haare Mommerl's zeigen Beweise, ein Beweis, daß das Gewehr unmittelbar vor ihm abgefeuert sein muß. Der Kopf Mommerl's war tief in den Erdboden eingedrückt, ebenso die Unterschenkel und Fußspitzen. Die Täter sind entkommen. Es schloß sich um Männer aus dem Zentralrevier zu handeln, die dort wilderten. Die polizeiliche Untersuchung wird mit allem Eifer betrieben.

(Durch ein herabstürzendes Firmenschild erschlagen.) Dienstag mittag wurde in Schöberg an der E. Tempelhof-Grabenstraße ein junges Mädchen durch ein herabstürzendes Firmenschild erschlagen. Die Ursache ist darauf zurückzuführen, daß das Schild infolge der starken Winde glockt ist und plötzlich herabfiel.

(Trauriger Abschluß einer Kindtaufsfeier.) Bei einer Kindtaufsfeier in einer Handwerkerfamilie in Lautsburg wurde Schicksal herangeführt, der sich als gesundheitsgefährlich erwies. Drei Familienmänner waren am nächsten Morgen tot. Einer starb eine Brautjungfer, die von dem Getränke gewiss war.

Wohnst., 3. April. Die Stadtverordneten haben in der vorgestern fortgesetzten Beratung beschlossen, die amtlichen Bekanntmachungen zweifach in einer polnischen und einer deutschen katholischen Zeitung zu veröffentlichen. Eine Anzahl Anträge der Polen fanden durch kurze Bescheide Entscheidung. Verlegt wurde der polnische Antrag auf Schaffung doppelsprachiger Straßenschilder. In der weiteren Beratung gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsparteien; letztere versuchte man immer wieder zu dämpfen, worauf sie das Pleum verließen. Zugestimmt wurde der Errichtung einer polnischen Stadtbibliothek, sowie Zahlung eines Zuschusses an diese. Der deutsche Volksbildungsverein 8000 Mark zu überweisen, machte die Polen von Konzessionen abhängig, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. Auch andere Anträge der katholischen Mehrheit sollten überaus andersweise die Polen ab. Anträge der Mehrheit schon im Laufe der Sitzung die bedauerliche Voraussetzung der Minderheiten durch die Mehrheitsparteien, war dies auch noch Gegenstand der Erörterungen im umfangreichen geschäftlichen Teil, der sich bis über Mitternacht hinzog.

Eine interessante Angelegenheit wurde in der letzten Stadtvorstandssitzung von einem Mitgliede des Kollegiums angebracht: Die Frage der Krankenrente. Es wurde von dem Redner behauptet, daß Krankenrente sehr reichlich ausgestellt würden. In einer Familie, die es nicht nötig habe, seien für sämtliche Mitglieder

und auch für das Dienstmädchen Krankenrente ausgestellt worden. Solche Familien können Milch, Kaiser-Kaugummi, Butter etc. zum Geben und zur Benutzung der dabei empfindlichen Allgemeinheit. Die Interaktion war vollkommen berechtigt. Es gibt tatsächlich Familien (auch in Schraun D. Rd.) normalerweise, die es dazu haben und denen der Krieg keinen Abbruch tun konnte, die mit Hilfe von Krankenrenten sich leicht und billig versorgen, obwohl sie die Gesundheitspflege sehr gut betreiben und so die durch Krankenrente ergriffenen Sachen Dinge der ärmeren Bevölkerung überlassen könnten.

Loslau, 3. April. Die Stadtverordneten beschlossen die Erhebung einer Nachtragssteuer für 1919, die mit 75 Prozent auf die Einkommen von über 3000 Mark und mit 250-400 Prozent auf die Einkommen vermindert wird.

Loslau, 3. April. Die Volkshochschule ist nunmehr auch hier gefaßt.

Hindenburg, 3. April. In der letzten Gemeinderatssitzung machte Bürgermeister Schwan Mitteilungen über die bevorstehende Stadterhebung Hindenburgs. Er sei gegenwärtig damit beschäftigt, die Unterlagen für dieses Projekt zu beschaffen. Trotzdem diese Vorbereitungen einen außerordentlichen Aufwand an Arbeit erforderten, hoffe er schon im Frühommer der Gemeinderatssitzung eine bis in die Einzelheiten ausgearbeitete Vorlage unterbreiten zu können. Der Wunsch, Hindenburg zur Stadt zu erheben, ist ein allgemeiner.

Seuthen Os., 31. März. Auf dem kaiserlichen Friedhof in Runden Hof vor der Grabstätte der Gattin des Oberpräsidenten von Oby in Schwere bronzezeitliche Reliquien gefunden abgerissen und gestohlen worden. Auf die Ermittlung der Friedhofsdiebe hat Ompäsident Stitta eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Warnung vor Betrügern!
Da in letzter Zeit verschiedentlich fragwürdige Individuen unter der Maske der Sicherheitspolizei Beschlagnahmungen vorgenommen haben, sind die Beamten der Sicherheitspolizei erant angewiesen, bei allen Anbahnungen auf Wunsch ihre Personalausweise vorzuzeigen, damit das Passbuch bei etwaigen Reklamationen Namen und Funktionen der betreffenden Beamten angeben und sich von der Rechtmäßigkeit der Anbahnung überzeugen kann.

Bekanntmachung.
Die Stadtgemeinde beauftragt zur Unterbringung der Buchmittelvorräte anstelle der jetzigen Räume zum 1. Juli d. J. anderweitige geeignete Räumlichkeiten.

Offerten mit Angabe des jährlichen Bedarfes werden an den Magistrat umgehend erbeten.

Schraun Os., den 6. April 1920.
Der Magistrat. Reichle.

Bekanntmachung.
Ein Sonderfall gibt uns Veranlassung, die Bevölkerung darauf hinzuweisen, daß Lebensmittellisten oder Lebensmittelkarten jeder Art auf andere Personen nicht übertragbar sind. In unklarer Kenntnis gelangende Fälle, wonach Personen ihre Karten oder Marken auf andere Personen trotzdem übertragen bzw. an andere Personen abgeben, müssen zur Entziehung der betreffenden Karten führen.

Schraun Os., den 6. April 1920.
Der Magistrat. Reichle.

Bekanntmachung.
Durch Verfügung des Herrn Landrats vom 3. April c. J. Nr. 2444 ist Herr Georg Badrian von dem Amte als Fleischhauer-Etatsreferent für den Fischmarkt Schraun Stadt entlassen worden.

Schraun Os., den 6. April 1920.
Die Polizei-Verwaltung. Reichle.

Ein gebrauchter, gut erhaltener
Arbeitswagen
(3 Personen) ist zu verkaufen.
Johann Gally, Oberhofstadt.

Achtung!

Wir kaufen zu höchsten Preisen
Alt-Eisen.
Übernehmen kleinere und größere Abbrüche.

Josef Schott, Nikolai O.-S.,
Export für Eisenbedarf.

Alle Arten Kalender
sind vorrätig in
P. Raold's Papierhandlung.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird gegen Eintritt in der Fettkarte in den bekannten Fettverkaufsstellen

125 g Margarine verabfolgt. Der Lebensmittelkauf hat an die Milk-Karten-Inhaber der Karten B und C die Ausgabe von wöchentlich einer Dose Kondensmilch beschlossen.

Am Donnerstag, den 8. d. Mts. wird im Zimmer Nr. 2 die Anmeldung hierzu zwecks Kontrolle entgegengenommen.

Die Ausgabe der Milch erfolgt durch die Kaufleute Herrich, Hallas, Borinski und Neumann. Der Tag der Ausgabe wird noch bekanntgegeben.

Sohrau O.S., den 6. April 1920.

Der Lebensmittelkauf.

Für den aus dem Wohltätigkeits-Konzert freundlichst überwiesenen namhaften Betrag von Zweihundert Mark sagen wir hiermit dem verehrten hiesigen Musikverein unseren herzlichsten Dank.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins Sohrau O.S.

Kreisliche Klassenlotterie! Jede 4. Klasse müssen bis Mittwoch nachmittags 6 Uhr erzwungen sein, außerdem anderweitig darüber verfasst wird. Lose sind noch zu haben. **H. Schleiter.**

Braune Gold-Achab-Brosche ist verloren worden. Abzugeben gegen Belohnung in der Exped. d. Bl.

Ich warne diejenigen Sohrauer Töchter, die sich am Sonntag nach der Kirche in Anberaumung und solcher Meinung gegen mich ausgesprochen haben, da ich sonst gerichtliche vorgehen muß.

B. Wiltsehek, Detaschier.

Echte Kieler Fettbücklinge. ft. Limburger und Quadratkäse offeriert **Feinkosthaus R. Schmidetzki.**

500 Mark Belohnung!

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch wurde durch Einbruch in das Kesselfhaus im Nieder-Borin

ein Treibriemen gestohlen. Wer den Treibriemen ermittelt, oder die Diebe so zur Anzeige bringt, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann, erhält obige Belohnung. **Holda, Kreuzdorf.**

Schreibmaschine gesucht!

Bis zu 4000 R. und mehr für gut erhaltene Schreibmaschine.

A. Krüger, Gleiwitz, a. d. Bromnabe 1.

Auto
1 Personen- und 1 Last-Auto und 1 Motorrad, wenn auch defekt, zu kaufen gesucht. Ausführliche Offerten an Brennicke & Franke, Berlin N 20, Prinzen-Allee 82.

Bis zum Antritt per 15. April wird ein **Rutscher gesucht.** Philipp Friedlaender, Bier- und Viehgroßhandlung, Metz.

Von Ostern wird ein **Lehrling** für allgem. Maschinenbau angenommen. **Josef Mach, Schützenstr. 178.**

Achtung! Diebe
ste Gewinnchance bietet die **Kriegsgefangenen-Geldlotterie.**
Ziehungen vom 20.-24. April
Gewinnkapital:
1 000 000
Eine Million
250 000 u.
100 000 w.
Lossumme Preise von **3.50** incl. Porto u. Liste vers. auch gegen Nachnahme
Lotterieleitung
Friedrich Matthies
Hamburg 22, U 2.

Deutscher Volksverein Sohrau O.S.

Mittwoch, den 7. April 1920, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Broll'schen Saale.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Festsetzung der Zahlungen. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Anrede.
Nach dem geschäftlichen Teil findet gemütliches Beisammensein bei Orchestermusik und Musik statt. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Die Mitgliedskarten mit den Anfangsbuchstaben A-K sind bei Herrn Hunsold, diejenigen mit L-Z bei Herrn Pollock abzuholen.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der einstweilige Vorstand.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief heute früh 8 Uhr infolge Herzschlages mein innigstgeliebter Gatte, unser guter, treusorgender Vater, unser lieber Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel,
der Heuleforant
Karl Brysch
im Alter von 74 Jahren.
Sohrau O.S., den 3. April 1920.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. April, vormittags 9 1/2 Uhr statt.

Gesang-Verein „Eintracht“ Sohrau O.S.
Sonntag, den 11. April 1920, abends 8 Uhr im Broll'schen Saale:
Bunter Abend.
Programm.
I. Teil.
„Die verliehten Rechte“
Humor. Terzett von Adolf Dransfeld.
„Das Gänselesei“
Spielduett m. Gesang u. Tanz v. Barth-Erlonsteg.
In 50 Jahren ist alles vorbei.
Couplet von Otto Keutter.
II Teil.
Die Jahrmaktsbarden.
Humor. Duoscene von W. Dalatkewicz
Die Rirschen.
Spielduett mit Gesang u. Tanz v. A. Spahn.
Das verhezte Restaurant.
Urkomische Ensembleszene v. E. Winter-Tymian.
III Teil.
Das vergebliche Ständchen. Komische Duoscene von P. B. Lehnard.
Robert und Bertram, die lustigen Vagabunden.
Fosse in einem Akt von Siegfried Philippe.
Schwapp ist er weg. Couplet von Kühne.
Auftreten von **Emil Pittel** mit seinen neuesten Schlagern.
Kasseneröffnung: 7 1/2 Uhr, Anfang pünktlich 8 Uhr.
Preise der Plätze: Im Vorverkauf bei Schmidetzki (Feinkosthaus) Sperrsitze 3 Mk., 1. Platz 2 Mk., Stehplatz 1,50 Mk. An der Abendkasse erhöhen sich die Sitzplätze um 50 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**
Der Reinertrag wird dem hiesigen Vaterl. Frauenverein überwiesen.

Im Auftrage zur sofortigen Lieferung biete an:
Englische Kernseifen
Watson 450 gramm Mk. 18.—
Watson 330 gramm Mk. 15.—
Golgate 450 gramm Mk. 18.—
Gild Edge Sunlicht 330 gramm Mk. 14.50
Toilettenseifen von 60—120 Mk. p. Dzd.
Kernseife 220 gramm Mk. 10.—
Maschinengarn p. 1000 mtr. Rolle Mk. 23.—
Holl. Vanillinzucker p. 100 Btl. Mk. 19.—
E. Michalik, Gleiwitz.

Kleiner Laden mit Wohnung für sofort oder später gesucht. Von wem? lagt die Exped. d. Bl.
Gute Pferdebehen gegen Dünger. Anfr. Exped. d. Bl.
Zwei Arbeitsburschen können eintreten. **Franz Lipp, Malermeister.**
Dunkle Klappportwagenplau (gebraucht), event. auch ohne Ueberzug zu kaufen gesucht. Von wem? lagt die Exped. d. Bl.

Warnung!
Ich habe auf meinem Acker hinter der Dampf-mühle zur Vertilgung von Raubzögern Gift gelegt.
Agathe Kempny.
Hafer- und Kartoffelland in der Nähe der Stadt zu verpachten. Näheres bei Gastwirt Hanslik, Sohrau.
Gute Milchziege für sofort oder später zu kaufen gesucht. **Pfarrer Loch, Sohrau.**
Ein Mädchen für den ganzen Tag kann sich melden bei **Frau M. Gamon.**